



**CDU**

## **Fraktion im Rat der Gemeinde Sonsbeck**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister  
Liebe Kolleginnen und Kollegen  
Meine Damen und Herren!

In der Ratssitzung im Dezember des vergangenen Jahres haben Bürgermeister Heiko Schmidt und Kämmerer Willi Tenhagen den Haushaltsplan für 2016 vorgestellt. Erstmals wurde den Ratsmitgliedern kein Aktenordner ausgehändigt in dem der Haushaltsplan ausgedruckt zu finden war. Wir hatten uns vorher für eine papierlose Ratsarbeit entschieden und haben damit jetzt unsere ersten Erfahrungen gemacht. Es war am Anfang nicht einfach alle Daten und Fakten zu erkennen und zu bewerten. Wir sind allerdings inzwischen mit der Technik so vertraut, dass wir unsere Entscheidungen so treffen, wie zu Zeiten der Papierverwendung.

Die Mitglieder des Rates und die Sachkundigen Bürger haben in Klausurtagungen der Fraktionen und in den Ausschüssen die einzelnen Bereiche des Haushaltsplanes beraten und auch vorentscheidende Beschlüsse mit großer Einmütigkeit gefasst. Dies mag auch darauf zurück zu führen sein, dass eine Anhebung der Gemeindesteuern nicht vorgesehen ist. Die CDU-Fraktion kann nicht ausschließen, dass dies im kommenden Haushaltsjahr geschehen wird, zumal fast alle umliegenden Kommunen eine Anhebung für 2016 eingeplant haben, was zu einer deutlichen Anhebung des fiktiven Hebesatzes führen wird. Die Regelungen im Gemeindefinanzierungsgesetz führen bei Unterschreitung dieses fiktiven Hebesatzes zur Minderung der Schlüsselzuweisung. Wir sind also möglicherweise zu einer Anhebung gezwungen, haben somit kaum Spielraum für die eigene Gestaltung der Hebesätze.

Das Jahr 2016 wird ebenso wie 2015 geprägt sein von den Bemühungen, den vielen Asylbegehrenden eine angemessene Unterkunft zu bieten und die Integration der Flüchtlinge mit Bleibeperspektive voran zu bringen. Dank des unermüdlichen Einsatzes vieler Mitarbeiter in der Verwaltung und der ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger können wir heute feststellen, dass vieles auf einen guten Weg gebracht wurde. Herzlichen Dank dafür.

Wichtig für diese Arbeit vor Ort ist selbstverständlich, dass Land und Bund für eine vernünftige Finanzausstattung sorgen. Dies gilt auch für diejenigen, die als anerkannte Asylbewerber einen Anspruch gemäß SGB II auf Kostenzuschüsse zur Unterkunft haben. Diese Aufwendungen wurden bisher über den Kreishaushalt bezahlt und über die Kreisumlage abgerechnet. Wenn wir jemals eine Senkung der Umlage erwarten können, dann nur in Verbindung mit einem vom Bund oder Land finanzierten Ausgleich der Kosten für Unterkunft. Der Streit innerhalb des Kreises über eine gerechte Aufteilung der Kosten würde dann endgültig beendet sein.

bitte wenden:

Die Landtagswahlergebnisse am vergangenen Sonntag haben gezeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger das Finanzproblem der Kommunen, die Beschaffung angemessenen Wohnraums und Angebot zur Integration nicht vorrangig als Problem empfinden. Die Bürgerinnen und Bürger haben vielmehr Angst vor der Ausweitung des Islams und sie befürchten eine steigende Kriminalität. Vielleicht sollten wir kurzfristig darüber beraten, wie wir mit diesen Ängsten umgehen. Können wir als Rat uns überhaupt damit befassen. Müssen wir das?? Ich weiß es nicht!

Natürlich geht das normale Leben, auch das politische in unserer Gemeinde weiter. Wir wollen das Angebot an Wohnbaufläche bedarfsgerecht aufrecht erhalten. Wir wollen die Internetanbindung deutlich verbessern. Wir wollen Gewerbeflächen in einem angemessenen Umfang vorhalten und den Einzelhandel stärken. Wir wollen die touristische Entwicklung voranbringen. Wir wollen einen neuen Aussichtsturm.

Wichtig bei allen Planungen und Wunschvorstellungen ist die Finanzierbarkeit. Die Einnahmen können nur über Steuererhöhungen verbessert werden und die Ausgaben nur durch Einsparungen verringert werden. Bei der großen Ausgabeposition Kreisumlage haben wir allerdings nur geringen Einfluss auf deren Höhe. Auf nachdrücklichen Wunsch aus den Kommunen haben sich immerhin CDU/B90 Die Grünen/FDPVWG im Kreishaus auf den Weg gemacht, deutliche Zeichen zu setzen und auch schmerzhaft Einsparungsbeschlüsse zu fassen. Leider fehlte bisher die Unterstützung des Landrates Dr. Müller, deshalb können wir uns jetzt nur bei der „Jamaika-Kooperation“ für ihre Bemühungen bedanken.

Auch der Kreis hat sein Umlageproblem. In den Gremien des Regionalverbandes Ruhr und im Landschaftsverband Rheinland werden Umlagen beschlossen, die die Handlungsfähigkeit des Kreises deutlich einschränken. Aus diesem Grunde habe ich mich bereits Anfang November an den Landschaftsverband Rheinland gewandt und in einem Schreiben darauf verwiesen, dass dem LVR fast 100 Mio. EURO ungeplante Mehreinnahmen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz zufließen. Etwa zum gleichen Zeitpunkt habe ich in verschiedenen Gremien auf diese Entwicklung hingewiesen. Die Spitze des Landschaftsverbandes hat nicht, wie ich es gewünscht hätte, einen Nachtragshaushalt erstellt, sondern in einer Kenntnisvorlage der Landschaftsversammlung mitgeteilt, dass diese ungeplanten Mehreinnahmen dringend benötigt werden. Hier wäre es an der Zeit gewesen, dass der Landrat diese Aussage im Verbund mit seinen Amtskolleginnen und -kollegen hinterfragt. Leider ist jedoch nichts passiert. Ich glaube, dass mehrere Millionen an Umlage zu viel aus dem Kreishaushalt abfließen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die CDU Fraktion wird dem Haushalt 2016 unserer Gemeinde mit den letzten Änderungen zustimmen. Wir hoffen, dass es einen einstimmigen Ratsbeschluss geben wird, auch als Signal dafür, dass Rat und Verwaltung in schwierigen Zeiten zusammen stehen, um Probleme zu lösen, die ohne unser Zutun entstanden sind. Abschließend bedanke ich mich im Auftrag der CDU-Fraktion bei unserem Kämmerer Willi Tenhagen und unserem Bürgermeister Heiko Schmidt für die Hilfestellung bei der Haushaltsberatung.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!  
gez. Josef Elsemann